

## **Von der Währungskonkurrenz zum Währungskonflikt: Was passiert, wenn das Erdöl nicht mehr in Dollar, sondern in Euro fakturiert wird?**

Elmar Altvater\*

Die Geschichte des Weltwährungssystems seit der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts lässt sich in drei große Etappen einteilen: Der unbestrittenen Hegemonie des US\$ als einziger Weltwährung während des Fixkurssystems von Bretton Woods bis 1973 folgt die Konkurrenz vieler Währungen im System flexibler Kurse von etwa 1973 bis 1999. Um die Jahrhundertwende wird der Euro etabliert. Als die Einführung des Euro in Maastricht 1991 beschlossen wurde, war nicht in allen Konsequenzen absehbar, dass damit ein entscheidender Schritt vom multipolaren zu einem bi- bzw. tripolaren Währungssystem unternommen wurde. Diese Entwicklung erhält eine besondere Dramatik dadurch, dass es inzwischen nicht mehr nur um die Vorherrschaft einer Leitwährung als Handels-, Anlage-, Interventions- und Reservewährung auf globalen Märkten geht, sondern auch darum, in welcher Währung die Ölrechnung ausgestellt wird. Bis zur Einführung des Euro gab es zum US\$ de facto keine Alternative. Auch wenn der US\$ als Handels- oder Reserve- und Anlagewährung Schwächephasen durchmachte und abgewertet wurde – als Öl-währung war er alternativlos. Dies jedoch könnte sich seit der Einführung des Euro geändert haben.

Die sichere Energieversorgung ist für die Funktion der modernen, von fossilen Energieträgern abhängigen Ökonomien von zentraler Bedeutung; dies hat die NATO mit ihrem Sicherheitskonzept von 1999 ebenso unterstrichen wie der Report des Vizepräsidenten Cheney zur nationalen Energiestrategie der USA von 2001 (Cheney-Report 2001). Diese schließt die Kontrolle der Territorien der Ölförderung, der Angebotsmengen, der Transportlogistik, des Preises und schließlich der Währung

---

\* Vortrag auf der Sommerakademie des Österreichischen Zentrums für Frieden und Konfliktlösung zur Thematik „Schurkenstaat und Staatsterrorismus – Die Konturen einer militärischen Globalisierung“ in Burg Schlaining, Juli 2003

ein, in der der Preis des Öls fakturiert wird. Die Auseinandersetzung darum ist entscheidend für die Kursentwicklung von US\$ und Euro, und umgekehrt beeinflusst die Kursentwicklung der großen Währungen die Öl-Strategie. Es lässt sich zeigen, wie Märkte und imperiale Macht zusammen wirken. Währungspolitik wird inzwischen auch mit Apache-Hubschraubern und Cruise Missiles gemacht.

Es gibt drei strategische Preise in der globalisierten Weltwirtschaft: die Zinssätze und Wechselkurse der Währungen und der Ölpreis. Die fossilen Energieträger, und darunter in aller erster Linie das Öl, halten das gesamte System am Laufen, und daher ist deren Preis so wichtig. Dass Zinsen und Wechselkurse zentral sind, ergibt sich aus deren Bedeutung für die Profitabilität des Kapitals und mithin auch für die Verteilung zwischen Lohnarbeit, Kapital und Geldvermögensbesitzern. Selbstverständlich ist auch der Preis der Arbeit zentral, doch die Löhne werden nicht auf globalen Märkten gebildet, sondern anders als die Preise für Kapital (Zinsen), Währungen (Wechselkurse) und Energie im wesentlichen auf nationalen Arbeitsmärkten, auch wenn infolge von Migration und „Standortkonkurrenz“ die Lohn- und Gehaltseinkommen der globalen Konkurrenz ausgesetzt sind. Der Preis für den Lebenssaft der modernen industriellen und post-industriellen Systeme ist bislang vornehmlich in Dollar ausgedrückt und dies hat für die USA immense Vorteile, zumal im Rahmen eines weitreichenden und langfristig angelegten geostrategischen Kalküls, das die Bush-Regierung verfolgt (nachzulesen im Cheney-Report von 2001).

Wir beginnen mit einer kurzen Geschichte des Währungssystems seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, um danach auf die Konkurrenz zwischen US\$ und Euro einzugehen, die sich zu einem Währungskonflikt, ja Währungskrieg im Zusammenhang mit den Kriegen gegen Afghanistan und Irak entwickelt hat, bevor knappe und vorsichtige Schlussfolgerungen gezogen werden können.

### **Süße Seignorage**

Man könnte die Geschichte des US-Dollar als Weltwährung in den vergangenen etwa drei Jahrzehnten seit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems überschreiben: Die "bequeme" oder die "süße" Seignorage. Indem die USA den Dollar als Weltwährung nach dem Zweiten Weltkrieg etablierten und auch nach der Aufhebung der Goldbindung des US\$ 1971/73 dessen zentrale Position in der

Währungskonkurrenz verteidigten, stellten sie auf der einen Seite ein "globales öffentliches Gut" bereit, nämlich das Weltgeld. Auf der anderen Seite freilich ließen sie sich dieses von den Nutzern teuer bezahlen. Diese mussten nämlich eine seit 1971 defizitäre Handelsbilanz und seit Mitte der 70er Jahre sogar das Loch in der Leistungsbilanz der USA finanzieren. Beispielsweise kauften sie US-amerikanische Staatsanleihen mit den Dollars, die infolge der Exportüberschüsse gegenüber den USA hereinkamen. So wurde auch die externe Finanzierung des US-amerikanischen Haushaltsdefizits möglich. Daran hat sich im Prinzip bis heute nichts geändert; die USA importieren derzeit fast 70% aller globalen Kapitalflüsse (IWF 2003: S. 105). Das ist die Kehrseite der defizitären US-Handelsbilanz. Die amerikanische Bevölkerung konnte und kann so einen höheren Konsumstandard halten als er der wirtschaftlichen Lage angemessen ist. "Insgesamt ist es merkwürdig, um nicht zu sagen rätselhaft, wie es Amerika gelingt, ohne Gegenleistung zu konsumieren", fragt sich ein ratloser Emmanuel Todd (2003).

In der Bretton-Woods-Ära, die der Währungsinstabilität der 30er Jahre und dem Zusammenbruch des Weltmarkts nach der Weltwirtschaftskrise und während des Zweiten Weltkriegs ein Ende bereiten sollte, wurde das Gold als Wertanker der Weltwährung US\$ etabliert. Die Feinunze Gold kostete 35 US\$ bis gegen Ende der 60er Jahre, die meisten übrigen Währungen der Welt hatten einen fixierten Wechselkurs zum US\$. Die Dollarhegemonie stand außer Frage; der US\$ war Handels-, Anlage-, Interventions- und Reservewährung. Die Seignorage-Vorteile konnten aus allen diesen Funktionen hergeleitet werden. Denn alle Welt war auch dann auf den US\$ angewiesen, als die Bindung zum Gold bereits gekappt war und der US\$ an Wert gegenüber konkurrierenden Währungen (DM; Yen) bereits verloren hatte. Dieses System funktionierte so lange gut, wie die US-amerikanische und damit auch die Dollarhegemonie nicht wirklich angefochten und gleichzeitig die Weltkapitalmärkte noch nicht voll dereguliert und liberalisiert waren. Doch die meisten europäischen Währungen wurden bereits Ende der 50er Jahre konvertibilisiert; in der Folge kam es zu ersten, im Vergleich zu den späteren Krisen harmlos erscheinenden Währungsturbulenzen, die schließlich ein Jahrzehnt später das System der fixen Wechselkurse zum Einsturz brachten. Zuerst wurde der goldene Wertanker des US\$ gelichtet, indem die Goldkonvertibilität des US\$ im August 1971 aufgegeben wurde. In einem zweiten Schritt wurden im Frühjahr 1973 auch die festen Kursrelationen anderer Währungen gegenüber dem US\$ beseitigt; das von

Robert Triffin so genannte „non-system“ flexibler Wechselkurse wurde geboren (Guttman 1994; Eichengreen 2000; Altvater/Mahnkopf 1999).

Für die Bildung eines zentralen Preises der Weltwirtschaft, der Wechselkurse der Währungen nämlich, waren nun nicht mehr öffentliche Institutionen wie IWF und Zentralbanken verantwortlich. Das Management der Wechselkurse wurde vielmehr privaten Akteuren auf globalen Finanzmärkten überantwortet, den international operierenden Banken, Unternehmen und Fonds. Es handelt sich um die Privatisierung des öffentlichen Gutes stabiler Währungskurse. Dieser Übergang zu privater Regulation von Marktpreisen und der Rückzug staatlicher Institutionen aus dem Marktgeschehen war bereits Ausdruck eines weltweiten Paradigmenwechsel vom keynesianischen Interventionsstaat zum marktgläubigen Neoliberalismus.

In der Umbruchphase der frühen 1970er Jahre schien es zeitweise, als ob der US\$ den Thron des Seigneurs räumen musste. Denn nicht nur der äußere Geldwert des US\$ erfuhr eine Abwertung, auch der innere Wert wurde in der Inflation untergraben, die eine Folge der Aufrüstung im Vietnam-Krieg war. Alle Dollarkontrakte verloren somit an Wert und wurden daher zum Teil in anderen Währungen ausgedrückt, zumal in Europa. Auch die Dollareinnahmen für Erdölexporte der Ölförderländer verloren mit der Dollarinflation an Wert. In dieser Phase nutzten die Erdöl exportierenden Länder die Gelegenheit des arabisch-israelischen Krieges vom Oktober 1973, um den Ölpreis in kurzer Frist um das Dreifache zu erhöhen. Zu jener Zeit gab es zum US\$ noch keine wirkliche Alternative, und daher blieb nur die Option der Preissteigerung; die Option des Wechsels der „Ölwährung“ bestand de facto nicht. Die Preissteigerung des Öls wurde von allen Öl importierenden Ländern als Schock empfunden, denn nun kam die Energieabhängigkeit der industriellen und sich industrialisierenden Gesellschaften so recht zu Bewusstsein. Auf der anderen Seite wurden hohe Einnahmen in die Kassen der Öl exportierenden Länder gespült, die nun gezwungen waren, dafür geeignete Anlagen zu finden. Das internationale Bankensystem war dabei behilflich, es konnte ja beim Recycling der „Petrodollars“ gute Geschäfte machen.

So kreuzten sich Anfang der 70er Jahre mehrere Tendenzen. Erstens stimulierte die Ölpreissteigerung das internationale Bankensystem zur Suche nach Möglichkeiten des Recycling der Petrodollars. Das Recycling der Petrodollars war nach der Phase

des Eurodollarmarkts in den 60er Jahren ein Mittel, die globalen Kapitalmärkte auszuweiten. Wegen der Krise in den Industrieländern fanden sich dort nicht genügend rentable Anlagemöglichkeiten für die Petrodollars. Daher wurden die Entwicklungsländer „entdeckt“, zumal diese die Kredite der privaten Banken gern nahmen, weil sie in jener Phase billig waren – die Nominalzinsen lagen teilweise sogar unterhalb der Inflationsrate – und obendrein im Gegensatz zu Krediten der offiziellen Institutionen ohne politische Konditionen vergeben wurden. Die Aufnahme der Kredite durch Länder der Dritten Welt stellte sich aber wenige Jahre später zu Beginn der 80er Jahre als Danaer-Geschenk heraus: Die Zinsen stiegen real seit Ende der 70er Jahre weit über die realen Wachstumsraten. Die Kredite konnten nicht mehr ordentlich bedient werden, die Schuldenkrise brach aus, die Lateinamerika und Afrika und einigen asiatischen Ländern ein „verlorenes Jahrzehnt“ bescherte. Am Ende der 1980er Jahre jedenfalls waren die Finanzmärkte der Entwicklungsländer ebenso liberalisiert wie die der Industrieländer. Die finanzielle Globalisierung war Realität.

Die zweite Tendenz brachte mit der Flexibilisierung der Wechselkurse nach 1973 die Intensivierung der Währungskonkurrenz, zumal auch auf Kapitalmärkten öffentliche Kontrollen beseitigt wurden, manchmal nach und nach, manchmal, wie in Großbritannien, mit einem „big bang“. Die privaten Akteure hatten gar kein Interesse an einer Stabilisierung der Wechselkurse. Später gegen Ende der 90er Jahre, wurden diejenigen, die wie Oskar Lafontaine den zaghaften Versuch machten, die für kleine und mittlere Unternehmen und für die ärmeren Länder der Welt äußerst schädlichen Wechselkursschwankungen durch Einführung von Zielzonen zu dämpfen, wütend bekämpft und von der politischen Bühne verjagt. Gleichzeitig wurden in den Industrieländern die Erhaltung und Stärkung von innerer und äußerer Geldwertstabilität zu prioritären wirtschaftspolitischen Zielsetzungen erklärt. Das Ziel der Vollbeschäftigung wurde zwar nicht rhetorisch, wohl aber in den wirtschaftspolitischen Konzepten aufgegeben. Pointiert ausgedrückt, lag während des Bretton-Woods-Systems fester Wechselkurse das Primat bei der Handelsbilanz, im Post-Bretton-Woods-System hingegen steht die Kapitalbilanz im Zentrum. In der Handelsbilanz kommen die komparativen Wettbewerbsvorteile der "realen Ökonomie", der jeweiligen „Standorte“, zur Geltung und das Geld fungiert in erster Linie als Zirkulationsmittel von Waren und Diensten. In der Kapitalbilanz kommen die komparativen Attraktivitäten der jeweiligen „Finanzplätze“ zum Ausdruck, und

das Geld fungiert in erster Linie als Zahlungsmittel, als Kredit. Die „reale Ökonomie“ scheint nun weniger wichtig zu sein als die „monetäre Ökonomie“. Kein Wunder bei täglichen Umsätzen auf Devisenmärkten von 1200 Mrd US\$, von denen nur ein verschwindend geringer Teil (ca. 2 bis 4 Prozent) zur Abwicklung des Welthandels oder zur Finanzierung der Direktinvestitionen, also für „realwirtschaftliche“ Transaktionen benötigt würden.

Für die Währungsstabilisierung ist die Attraktivität des „Finanzplatzes“ für Geldvermögensbesitzer und andere Kapitalanleger, die auf liberalisierten globalen Kapitalmärkten sehr schnell aus einer in eine andere Währung umschichten können und auf diese Weise Währungen unter Druck zu setzen vermögen, mindestens so wichtig wie die realwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des „Standorts“. Die privaten und öffentlichen Akteure in den USA haben bravourös dieses Spiel gespielt und seit Ende der 1970er Jahre, nachdem der Dollar auf einen historischen Tiefpunkt gefallen war, diesen mit ausschließlich monetären Stabilitätsmaßnahmen gerettet: mit einer Steigerung der Zinssätze. Während eine Zinssatzsteigerung durch die Zentralbank bei schwachen Währungen eine weitere Abwertung signalisieren kann, weil Anleger von der Erfolglosigkeit monetärer Stabilisierungsmaßnahmen überzeugt sind, hat die Steigerung der Zinssätze in den USA Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre dazu beigetragen, dass Kapital in großem Umfang in die USA geflossen ist und dass andere Länder gezwungen waren, die Zinserhöhung mitzumachen. Für Gläubiger und Geldvermögensbesitzer war dies wie ein Geschenk des Himmels, für Schuldner allerdings bedeutete dies die Strangulation. Die Schuldenkrise der Dritten Welt hat dies ebenso deutlich gemacht, wie die Investitionsschwäche wegen der teuren Kredite (und daher die Zunahme der Arbeitslosigkeit) in den Industrieländern.

Damit Kapitalanleger den Sirenenklängen vergleichsweise hoher Zinsen folgen können, müssen die Finanzmärkte liberalisiert, müssen öffentliche Kontrollen von Kapitalbewegungen abgeschafft werden. Auch dafür sorgten die USA im Verein mit neoliberalen Regierungen in Europa und anderswo und mit Unterstützung der internationalen Finanzinstitutionen, so dass nun weltweit die Finanzplätze gegeneinander konkurrierten – und zwar mit attraktiven Renditen. Das globale Niveau der Zinssätze wurde auf diese Weise - erleichtert durch Finanzinnovationen, neue Akteure auf den globalen Finanz- und Währungsmärkten, neue Anlagekonzepte - nach oben gedrückt. Während in den G-7-Ländern in den 60er und 70er Jahren des

vorigen Jahrhunderts die Wachstumsraten des BIP real etwa 3 vH höher als die realen Zinsen lagen, waren in den 80er und 90er Jahren die Realzinsen um ca 2,3 vH höher als die realen Wachstumsraten (Vgl. Enquete-Kommission 2002: 69ff.). Der Schuldendienst war nun nicht mehr ohne weiteres aus den realwirtschaftlichen Zuwächsen abzuzweigen; er ging an die Substanz. Daher war es nicht verwunderlich, dass vor allem die externen Fremdwährungsschulden drückten, zumal der Kurs des US\$ Ende bis Mitte der 80er Jahre (bis zum Plaza-Abkommen 1985) nach oben getrieben wurde. Schuldner gerieten in unlösbare Schwierigkeiten, da sie in aller Regel in US\$ verschuldet waren und nun nicht nur höhere Zinsen, sondern auch einen höheren Wechselkurs des US\$ zu zahlen hatten. In dieser Phase der weltwirtschaftlichen Entwicklung kam die Rede von den USA als „predatory hegemon“ (Susan Strange) auf.

Den USA konnten die Nöte von Schuldnern gleichgültig sein, denn ihre rasant wachsenden externen Schulden waren nicht in fremder, sondern in eigener Dollarwährung denominiert. Das sind die Vorteile der Seignorage. Die hohen Realzinssätze haben aber auch dazu geführt, dass Kapital in großem Umfang fehlgeleitet worden ist. Der bombastische Boom des Immobiliensektors in Japan Ende der 80er Jahre und das Platzen der Immobilienblase zu Beginn der 90er Jahre sind dafür ebenso Beleg wie die Finanzkrise von 1987 in den USA oder die Finanzkrisen in der europäischen Union zu Beginn der 90er Jahre, durch die das europäische Währungssystem *ad absurdum* geführt worden ist. Die massiven, spekulativen Kapitalanlagen im Immobiliensektor und in anderen Infrastrukturprojekten haben zunächst dazu beigetragen, den Boom zu verlängern (vgl. Harvey 2003), und dann dazu geführt, dass die Krise umso heftiger (wie in den asiatischen Ländern) wütete.

Die USA waren trotz der strukturellen Defizite in Leistungsbilanz und Staatshaushalt niemals gezwungen, Strukturanpassungsmaßnahmen durchzuführen, die den verschuldeten Ländern der Dritten Welt vom IWF aufgenötigt worden sind. Der "Konsens von Washington" besagte, dass die von Schulden- und Finanzkrisen betroffenen Gesellschaften rigorose Anpassungen vornehmen mussten, von denen aber die USA als größtes Schuldnerland ausgenommen bleiben; für Washington sollte der „Konsens von Washington“ nicht gelten. Insofern ist das Wort von der "einzigsten Weltmacht", die mit außerordentlichen Privilegien im Vergleich zu allen anderen Ländern dieser Erde ausgestattet ist, nicht falsch. Schon in den 70er Jahren

unter Präsident Carter wurde das Spiel dieser Rolle vorbereitet und von Ronald Reagan auf die Spitze getrieben. Bush Vater und sein Nachfolger Clinton und erst recht Bush Sohn haben an dieser Rolle nichts geändert, sie haben sie mit Variationen fortgesetzt.

Die 1980er und 90er Jahre waren Jahrzehnte der Finanzinnovationen. Auch die Weltregionen, die bislang von den globalisierten Märkten abgeschottet waren, mussten sich dem Druck der Kapitalanleger beugen und die nationalen Märkte öffnen. Mit dieser Entwicklung ist eine neue globale Klasse rund um die Geld- und Kapitalanlage entstanden, mit Investoren, Fondsmanagern, Bankdienstleistern, rating agencies, Wirtschaftsprüfern, Anwaltskanzleien und den dazu gehörigen politischen Sachwaltern und Medienleuten, die inzwischen dem globalen Kapitalismus ein neues Gesicht gegeben haben. Das ist der Hintergrund für die Rede vom Postfordismus oder von einer „finanz-getriebenen“ Produktionsweise (Aglietta 2000; Altvater/Mahnkopf 2002: 167ff.). Die Finanzinstitutionen dieser neuen Klasse haben ihren Sitz zumeist in den USA oder Großbritannien und in den Offshore-Finanzzentren, und nur zu einem geringen Teil auf dem europäischen Festland. Die hohen Realzinsen und Realrenditen haben sich als Vehikel herausgestellt, um einen grandiosen Prozess der Umverteilung einzuleiten, der - alle Statistiken belegen es - zu einer stetig steigenden Ungleichverteilung in der Welt geführt hat (vgl. World Bank 2003a; World Bank 2003b). Die Bedienung der öffentlichen Schulden ist durch einen Ressourcentransfer von den Masseneinkommen und öffentlichen Investitionen zum Schuldendienst an private Gläubiger umgelenkt worden. Viele öffentliche Güter und Einrichtungen sind in allen Weltregionen zwischenzeitlich privatisiert worden, sofern sie rentabel genutzt werden können; denn sonst interessiert sich kein privater „Investor“ für sie (Altvater 2003). Die hohe Volatilität der Finanzmärkte übt einen enormen Druck auf die Arbeitsmärkte aus, ihre Eigenzeiten den Rhythmen von Zeit und Raum der Finanzmärkte abzuspassen. Arbeit wird unter diesem Druck informalisiert und prekär (dazu ausführlich: Altvater/Mahnkopf 2002).

Dieser Prozess einer umfassenden Privatisierung und Steigerung der privaten Geldvermögen hat die Gläubigerwährungen gestärkt und spiegelbildlich Schuldnerwährungen geschwächt. Auch die USA sind externer Schuldner, und zwar der mit Abstand größte in der Welt. Im Unterschied zu Brasilien oder Guinea, Thailand und Argentinien sind die USA freilich in ihrer eigenen Währung verschuldet. Dies ermöglicht den USA, beide Vorteile zu nutzen, die der Gläubiger



und die der Schuldner, während sie deren Nachteile vermeiden können: Als Schuldner nutzen sie die Seignorage-Vorteile, weil der US\$ selbst dann sicher scheint, wenn die USA Defizite von Staatshaushalt und Leistungsbilanz zulassen. Der Vorteil ist, dass die US-Bürger sich einen hohen Konsumstandard, also den „American way of life“ leisten können, obwohl sie hoch verschuldet sind – extern, aber auch intern. Die US-Schulden sind obendrein zum großen Teil öffentlich, und für sie bürgt die politisch und militärisch mächtigste Nation auf Erden. Die Gläubiger hingegen sind in aller Regel private Akteure, die sich wegen der zentralen Stellung von Wall Street im globalen Finanzsystem einen Zugriff auf Teile des globalen Mehrprodukts verschaffen können. Das Rätsel, von dem Emmanuel Todd sprach, ist also so rätselhaft nicht.

Der US\$ auch in seiner Schwächephase in den 1970er Jahren und dann wieder nach 1985 keine Alternative zu fürchten; Vermögenswerte wurden in US\$ ausgedrückt und gehandelt. Perverserweise haben die Finanzkrisen in Asien 1997 und Russland 1998, in Brasilien 1999, in der Türkei und in Argentinien eine weitere Stärkung des US-Dollar zur Folge gehabt. Anleger in Schwellenländern haben, als sich die Finanzkrise ankündigte, Kapitalien sehr schnell („Herdeneffekt“) abgezogen und vor allem in den USA platziert. Auf diese Weise ist in der zweiten Hälfte der 90er Jahre der „New-Economy-Boom“ ausgelöst worden, der zunächst spektakuläre Kursgewinne brachte, bis die Blase platzte und sich dann obendrein herausstellte, dass der Boom der new economy zu einem beträchtlichen Teil in kreativer Buchführung durch Betrugereien größten Stils verlängert worden ist – bis zu den größten Pleiten der Wirtschaftsgeschichte von Enron, WorldCom - *et tutti quanti...*

### **Reserve-, Interventions-, Handels-, Anlage- und Ölwährung**

In einer Situation der Dollarstärke wurde der Euro, wie in Maastricht 1991 beschlossen, im Jahre 1999 eingeführt. Das war ein gewagtes Manöver und es war kein Wunder, dass der Euro zunächst nur ein schwaches Bild bieten konnte. Allerdings waren die verbreiteten Schwanengesänge auf den Euro Ende der 90er Jahre unrealistisch (und zum Teil ideologisch mit einem unzeitgemäßen Währungsnationalismus verbrämt), da sie die Dynamik des europäischen Integrationsprojekts systematisch unterschätzten. Sicherlich sprachen die Unterschiede der Lohnstückkosten und der Inflationsraten im „Euroland“ als

ökonomische Fundamentaldaten gegen einen gemeinsamen Wechselkurs und einen einheitlichen Zinssatz im Eurogebiet. Es war schon 1991 absehbar, dass beim Verlust der Instrumente von Wechselkurs- und Zinspolitik nur noch die Anpassung der Löhne einschließlich der "Lohnnebenkosten" im Sozialbudget blieb, um die Stabilitätsbedingungen des Maastricht-Vertrags erfüllen zu können<sup>1</sup>. Wie schwierig dies ist, und welche sozialen Opfer dabei erbracht werden müssen, wird zu Beginn des neuen Jahrhunderts in fast allen europäischen Ländern gespürt: die Soziallöhne werden gekürzt und die Individuallöhne geraten unter Druck. Es wäre aber wohl verfehlt, die Einführung des Euro für den Sozialabbau verantwortlich zu machen. Denn vor allem sind es die globalisierten Finanzmärkte, die mit hohen Realzinsen auf Löhne und Staatsbudget drücken.

Der Schritt zur europäischen Währungsunion kann nicht mehr rückgängig gemacht werden - und wenn, dann zu einem extrem hohen politischen Preis. Nun existiert der Euro und er hat es nach anfänglicher Abwertung gegenüber dem US\$ inzwischen zu einer Aufwertung (gegenüber dem Tiefststand 2002) von fast 30% (im Sommer 2003) gebracht. Infolge der Schwäche Japans ist derzeit der Euro die einzige Konkurrenzwährung zum Dollar. Das Neue ist darin zu sehen, dass es nun überhaupt eine Alternative zum US\$ gibt. Das war während der Dollarschwäche der 70er Jahre nämlich noch nicht der Fall. Dieser Sachverhalt ist entscheidend für das Verhältnis von Euro und Dollar, und erneut spielt die Frage des Ölpreises auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine zentrale Rolle.

Der Yen ist derzeit wegen der politisch-ökonomischen Krise Japans aus dem Spiel. Auch der chinesische Yuan (Renminbi) kann derzeit den Yen nicht ersetzen. Er ist eine Zukunftswährung schon wegen der Größe und Dynamik der chinesischen Ökonomie. Allerdings muss der Yuan vom Dollar, an den er gekoppelt ist, gelöst und aufgewertet werden, um auch als Anlage- und Reservewährung interessant zu sein. Mit unterbewerteter Währung lassen sich zwar Überschüsse der Handelsbilanz erzielen und Direktinvestitionen anziehen. Doch im Resultat wird dadurch der US\$ gestärkt. Denn die Exportüberschüsse und Kapitalimporte Chinas schlagen sich als Anstieg der Devisenreserven nieder, und die bestehen zum größten Teil aus US\$.

Zu Beginn des neuen Jahrhunderts ist ein binäres bzw. bipolares System entstanden, das immer mehr auch andere Währungen in seinen Bann zieht: Einige lateinamerikanische Länder sind komplett dollarisiert (Ecuador, El Salvador, Panama

und Guatemala), viele andere benutzen den Dollar als Wertanker, indem die zirkulierende Geldmenge durch Dollarreserven zwischen 20% und 80% je nach Grad der „Dollarisierung“ gedeckt wird (vgl. <http://www.imf.org/external/pubs/nft/op/171/index.htm#overview> ). Aber auch an den Euro haben sich viele Währungen aus Afrika (die CFA-Zone) oder Mittel- und Osteuropa gebunden.

Eine Währung, so sie denn Leitwährung ist oder den Anspruch darauf erhebt, muss also mehrere Funktionen erfüllen. Sie muss (1) als *Reserve- und Interventionswährung* der Zentralbanken verwendet werden, sie muss (2) als *Handelswährung* dienen, in der die wichtigsten Kontrakte privater Akteure denominiert werden, sie muss den Kapitalanlegern (3) *Anlagewährung* sein, in der Anleihen etc. ausgeschrieben sind. Sie muss darüber hinaus (4) als *Ölwährung* fungieren, weil mit ihr der strategische Preis des Energie-Inputs der Industriegesellschaften (und auch der „post-industriellen“ Gesellschaften) bezahlt wird. An diesen Funktionen bemessen, ist der US-Dollar ohne Frage gegenüber dem Euro (und gegenüber allen anderen Währungen) im Vorteil. In der polipolistischen Konkurrenz der Währungen ist sozusagen der Einäugige unter Blinden König. Währungshegemonie kann daher in der Währungskonkurrenz niemals vollständig sein. In der duopolistischen oder bipolaren Konkurrenz der Währungen ist die jeweils andere Währung das Maß, an dem die eigene Stärke gemessen wird - und das möglichst zu übertrumpfen ist.

Die Vorherrschaft der USA auf Weltmärkten und in der globalen Politik ist zwar eindrucksvoll, aber nicht absolut – und dies zeigt sich an der Quotierung des US-Dollar. Das wachsende Zwillingdefizit – OECD-Projektionen erwarten für 2003 ein Defizit der öffentlichen Haushalte von -4,6%, und ein Defizit der Leistungsbilanz von -5,4% gemessen am BIP (OECD 2003: 43) - signalisiert eine strukturelle Schwäche der amerikanischen Ökonomie. Die Abwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro seit dem Frühjahr 2003 hat den für die US-Ökonomie auf den ersten Blick positiven Effekt einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des „Standorts“. Das ist günstig für den US\$ als Handelswährung, sofern die Abwertung tatsächlich die Exporte anregt und die Importnachfrage bremst – was aber keineswegs sicher ist. Denn inzwischen ist ein Grossteil der Exporte aller Industrieländer Intrakonzernhandel transnationaler Unternehmen, und diese haben ihre Produktionsstätten überall in der Welt. Es ist daher nicht gewährleistet, dass

unbedingt die US-Wirtschaft von der Abwertung profitiert. Auch werden importierte Vorprodukte für Unternehmen in den USA teurer. Der Abwertungsgewinn durch Zunahme der Exporte wird dadurch möglicherweise absorbiert. Wenn die US-Exporte in Folge der Abwertung steigen sollten, müssen andere Länder spiegelbildlich Marktanteile abgeben. Das ist nur dann nicht der Fall, wenn die Weltökonomie insgesamt dynamisch wächst. Doch nach dem Platzen der New economy-Blase und wegen der in allen Weltregionen betriebenen Austeritäts- und Deflationspolitik ist es eher wahrscheinlich, dass es zu Handelsauseinandersetzungen kommt, vor allem zwischen den USA, Westeuropa und den ostasiatischen Ländern. Die Gefahr, dass eine Dollarabwertung dann als Politik des „beggar thy neighbour“ interpretiert wird und Abwehrmaßnahmen auslöst, ist nicht von der Hand zu weisen.

Als Reservewährung hingegen wird der Dollar durch eine Abwertung auf jeden Fall geschwächt, und als Anlagewährung weniger interessant für Kapitalanleger sein. Zentralbanken und Kapitalanleger werden in dieser Situation möglicherweise Kapital aus den USA abziehen, das diese aber benötigen, um die Defizite der Leistungsbilanz und des Staatshaushalts zu schließen. Auch würde eine Abwertung des US\$ die globalen Finanzbeziehungen in Turbulenzen stürzen und „wie eine Deglobalisierung wirken“ (FTD, 30.5.03), nämlich die Integration der Weltwirtschaft verlangsamen oder sogar in Teilbereichen rückgängig machen.

Es geraten also die Funktionen der Handelswährung (mit Hilfe des Wechselkurses Wettbewerbsvorteile zu erreichen) mit jenen der Reserve- und Anlagewährung (Stabilität der Anlage sicher zu stellen) in Konflikt. Alle diejenigen Zentralbanken, die den Dollar als Reserve halten, werden bei fallendem Dollarkurs entweder hohe Verluste der Devisenreserven hinnehmen müssen, oder aber den Versuch machen, vom Dollar in andere Währungen umzuschichten. Da aber gegenwärtig nur eine Alternativwährung existiert, ist dies gleichbedeutend mit einer Stärkung des Euro. Die ostasiatischen Zentralbanken halten im Frühjahr 2003 Devisenreserven in der Höhe von 927 Mrd US\$, davon entfallen auf Japan mit 479 Mrd US\$ mehr als die Hälfte und China hält mit 286 Mrd US\$ fast ein Drittel. Auch die Europäische Zentralbank hält US\$-Reserven, und zwar in der Größenordnung von 220 Mrd US\$. Der Anteil des Euro an den Währungsreserven der Zentralbanken hat sich von 1999 bis 2003 von ca 10% auf an die 20% erhöht, während der US\$-Anteil von ca. 70% auf 60% zurückgegangen ist (FTD 8.5.03, S. 29). Dies ist die Umkehr einer Entwicklung während der 90er Jahre, in denen der Anteil des US\$ an den

Weltdevisenreserven von 55,3% (1992) auf 68,1% (2000) gestiegen ist (IMF 2002: 97).

### **Wer wird in Zukunft Öl-Währung sein: US\$ oder Euro?**

Welche Konsequenzen ergeben sich aus dieser Entwicklung für die Öl-Währung? Der Preis für den Lebenssaft der modernen industriellen und post-industriellen Systeme und die Währung, in dem erfakturiert wird, sind zentrale Parameter im langfristig angelegten geostrategischen Kalkül. Darin gehen ein: (1) die Kontrolle der Regionen, in denen die Ölressourcen extrahiert werden; (2) die Kontrolle der Angebotsmenge auf den Energiemärkten; (3) die Kontrolle der Transportlogistik und der Routen der Verbringung des Öls aus den Förderländern in die Verbrauchsländer mit Pipelines oder mit Tankern; (4) die Beeinflussung der Höhe des Preises und (5) die Bestimmung der Währung, in der der Preis fakturiert wird. Auf jeden dieser fünf Faktoren des Kalküls wird Einfluss zu nehmen versucht. Die Auseinandersetzungen werden mit dem Ziel geführt, die Energieversorgung zu akzeptablen Preisen langfristig zu gewährleisten. Dies kann als multilaterales Projekt der Industrieländer, auch in Kooperation mit den Öl-Förderländern gestaltet werden, wie im Rahmen der Internationalen Energieagentur, die nach der „Ölkrise“ von 1973 gebildet wurde, oder im Kontext der neuen Sicherheitsstrategie der NATO aus dem Jahre 1999. Doch kann das Projekt der Energiesicherung auch unilateral verfolgt werden, wie es der Cheney-Bericht nahe legt.

Die Kontrolle der Fördergebiete ist deshalb so wichtig, weil die Rate der Erschöpfung bekannter Felder seit den 90er Jahren höher als die Rate der neu gefundenen und für die Förderung erschlossenen Felder liegt. Man kann nicht mehr aus dem Vollen schöpfen und daher muss der Zugang überwacht werden. Die weltweite Ausbeutung der Ölfelder beträgt derzeit ca. 22 Mrd Barrels pro Jahr, es werden aber nur im Durchschnitt Lagerstätten von ca. 6 Mrd Barrel pro Jahr neu gefunden. Der Höhepunkt der globalen Ölproduktion ist also überschritten; die schönen Zeiten, in denen die Funde neuer Lagerstätten größer waren als die Ausbeute, sind vorüber – und sie kommen niemals wieder.

Der Krieg gegen das Taliban-Regime in Afghanistan bot den USA die Gelegenheit, militärisch auch in den zentralasiatischen Ländern Fuß zu fassen, nahe an den neuen Ölquellen und in jenen Ländern, durch die die Pipelines verlaufen werden, wenn sie

denn erst gebaut sind. Außerdem wird auf diese Weise versucht, Zentralasien aus dem Einflussbereich Russlands und Chinas, aber auch Indiens und des Iran herauszuhalten. Es sind eindeutig geopolitische Erwägungen, die die Ölpolitik bestimmen und die schon Mitte der 90er Jahre Brzezynski die zentrale Rolle Zentralasiens für die globale Hegemonie der USA unterstreichen ließen (Brzezynski 1997).

Gerade angesichts steigender Nachfrage nach dem schwarzen Stoff, da ja China, Indien und andere Länder bei der Industrialisierung nachziehen wollen – und müssen, wenn sie das Regelwerk der WTO respektieren - ist die Beherrschung von Ölproduktion und Ölmarkt entscheidend. Der Markt der Geoökonomie und die politische und militärische Macht wirken geopolitisch zusammen (Altvater 2003b). Daher können die Konservativen in den USA zugleich neoliberal das Hohelied auf den Markt und die Konkurrenz erschallen lassen und die Kriegstrommeln der Geopolitik und des „Kampfes gegen den Terrorismus“ rühren und Truppen zur Okkupation von geostrategisch interessanten Regionen entsenden.

Der Irak ist deshalb für die Geopolitiker in Washington interessant, weil er erstens über 11% der globalen Ölreserven, noch dazu von hoher Qualität verfügt, weil er zweitens den geopolitischen Raum Zentralasiens und des Nahen und Mittleren Ostens verbindet, und weil drittens über den Irak die Preispolitik der OPEC durch die Besatzer des Irak beeinflusst werden kann. Die USA haben sich also eine vorzügliche strategische Ausgangsposition bei der Kontrolle von Lagerstätten und Transportrouten von Öl mit Hilfe der Kriege gegen Afghanistan und den Irak verschafft – jedenfalls auf den ersten Blick und wenn das Kalkül der US-Ölstrategen aufgeht. Alles spricht dafür, dass der US\$ Öl-Währung bleibt, auch wenn der US\$ gegenüber dem Euro schwächer notiert. Die Ansätze Libyens, Venezuelas, des Irak und anderer Ölförderländer, vom US\$ zum Euro zu wechseln, sind stecken geblieben. Der politische und militärische Druck, den die USA ausüben vermögen, ist zu groß.

Die OPEC kann als politischer Faktor bei der Bestimmung von Angebotsmenge und Preisgestaltung fast vergessen werden, wenn das größte Öl-Verbrauchsland, die USA, mit Hilfe des Protektorats im Irak und mit Hilfe einer US-abhängigen Verwaltung mit am Preishebel sitzt. Hinzu kommt, dass die reichen Öl- und Sandstaaten infolge des „Recycling“ ihrer Petrodollar starke monetäre Interessen in

den Industrieländern (im Immobilienbereich, in der Industrie, in Banken und Fonds) haben, die sie dazu veranlassen, den Ölpreis niedrig zu halten, sofern ein hoher Ölpreis der Rendite, also ihren finanziellen Interessen schaden würde. Ganz andere Interessen haben die bevölkerungsreichen Ölländer wie Indonesien, Nigeria oder Algerien und Venezuela, denen die Exporteinnahmen wegbrechen, wenn der Ölpreis sinkt. Sie können dies nicht durch Kapitaleinkünfte aus in den Industrieländern angelegten Petrodollars kompensieren.

Angesichts der zur Neige gehenden Reserven wird ein niedriger Ölpreis allenfalls vorübergehend nostalgische Erinnerungen an die kurze Epoche der billigen Energie erwecken können. Der Ölpreis wird steigen, jedoch nicht aus ökologischen Gründen, um alternative Energieträger zum Zuge kommen zu lassen. Denn wenn der globale Ölverbrauch nicht sinkt, werden nicht-konventionelle Ölreserven, vom Ölsand und Ölschiefer bis zum Öl aus der Tiefsee und zu Gaskondensaten nachgefragt, und deren Förderung und Raffinade sind kostspielig. Die „nicht-konventionellen“ fossilen Energieträger sind ökologisch noch schädlicher als Förderung und Verbrauch des konventionellen Öls. Die „Kollateralschäden“ der Förderung an der Natur sind enorm und die Freisetzung von klimaschädlichen Gasen ist sehr hoch.

Ein hoher Ölpreis könnte auch Voraussetzung für die Rentabilität jener Fördergebiete sein, die hohe Transportkosten aufweisen. Pipelines vom kaspischen Meer und von Kasachstan zu Häfen am Golf, am Mittelmeer oder am indischen Ozean sind teuer und die Kosten militärischer Sicherung der Transportwege sind hoch. Dies gilt auch für Fördergebiete in Afrika, die derzeit erschlossen werden. Im Rahmen des „Plan Colombia“ zum Beispiel sind im Februar 2003 vom US-Kongress insgesamt 532 Mio\$ Militärhilfe genehmigt worden, darunter 92 Mio US\$ für die „Brigade XVII, deren alleinige Aufgabe darin besteht, eine Ölpipeline der Oxidental Petroleum zu sichern“ (TAZ, 17.2.03). Nicht nur wegen der größeren Knappheit des Öls und der minderen Qualität der nicht-konventionellen Energieträger steigt der Preis, sondern auch wegen der hohen Kosten der militärischen Sicherung der Ölfelder und der Trassen gegen Sabotage oder terroristische Attacken, also aus geostrategischen Gründen. Wenn die USA an das irakische Öl nach der Besetzung des Landes billiger herankommen wollten, so kann sich dies wegen der hohen Kosten militärischer Sicherung der Ölfelder, Pipelines und Transportrouten als Illusion herausstellen. Es gibt offensichtlich Regeln der „Oil Governance“ (Mommer 2003), die nur mit der Folge hoher Zusatzkosten gebrochen werden können. Auf der

„Geberkonferenz“ für den Irak im Oktober 2003 in Madrid wurden von Weltbank und US-Besatzung des Irak die größten Beträge für die Wiederherstellung der Anlagen zur Ölförderung und die polizeiliche und militärische Sicherung ausgewiesen (FTD 25.10.2003). Die militärische Supermacht kann also das Territorium eines Ölstaates erobern, doch treibt dann die militärische und politische Sicherung der Ölausbeute die Kosten extrem in die Höhe.

Für die USA wäre die Verteuerung des Öls nicht unbedingt nachteilig. Denn teures Öl würde auch China und Japan und andere tatsächliche oder potentielle Konkurrenten der USA treffen. Auch das „alte“ ebenso wie das „neue“ Europa würden die Nachteile des teuren Treibstoffs der industriellen und post-industriellen Gesellschaft spüren. Dies wird so lange so sein, wie das Öl in US\$ fakturiert wird. Die Kontrolle eines großen Teils des Angebots auf den globalen Ölmärkten durch die USA würde dafür sorgen, dass die Ölrechnungen auch in Zukunft in US\$ ausgestellt werden. Das möglicherweise ist ein entscheidendes Motiv für die brutale Konsequenz, mit der der Irak unter US-Einfluss gebracht worden ist. Die US-amerikanischen Eliten versprechen sich auch in Zukunft, die Ölrechnung in Dollar begleichen zu können, obwohl der Dollar stark abwertungsverdächtig ist und daher eine Tendenz der Abwendung vom US\$ und der Hinwendung zum Euro fest zu stellen ist (FAZ, 7.7.2003, S. 13). Die OPEC hat denn auch im Mai beschlossen, weiterhin den Ölpreis trotz Dollarschwäche und Eurostärke in US-Dollar zu fakturieren.

Die USA können also auch weiterhin den Lebenssaft ihrer Ökonomie mit ihrer eigenen Währung kaufen. Die Druckerei der Federal Reserve verwandelt sich in eine „sprudelnde Ölquelle“. Dollar können in jeder gewünschten Menge „gedruckt“ werden, um das Öl zu importieren. Die goldenen Zeiten des „twin-deficits“ lassen sich auch gegen die Mahnung der OECD fortsetzen, die von den US-Bürgern eine höhere Sparquote als die derzeit weniger als 5% verlangen. Das Öl wäre sozusagen der Wertanker des US\$, eine multifunktionale Waffe in der Währungskonkurrenz mit dem Euro. Die großen Ölfirmen und die Ausrüster der Ölindustrie wie Halliburton würden dabei mitspielen. Denn der „Shareholder-value“ hängt von den Reserven ab, die die Firmen angeben können, bzw. von den öffentlichen Aufträgen, die die USA vergeben und mit den Öleinnahmen bezahlen. Da kommt es durchaus zu Pass, wenn private Ansprüche an die seit 1972 im Irak verstaatlichten Ölfelder durchgesetzt werden könnten. Das was US-Amerikaner und Briten 1952 im Iran nach der



gewaltsamen Entmachtung von Mossadeq durchsetzten, nämlich die Privatisierung der verstaatlichten Ölindustrie, ließe sich im Irak mehr als ein halbes Jahrhundert später wiederholen. Private Profite, Aktienkurse und damit auch die Gehälter der Manager von Ölkonzernen, Zulieferern und Ausrüstern können steigen. Doch sollte nach dem kurzen Krieg ein langwieriger Guerillakrieg ausbrechen, der nicht schnell zu Ende gebracht werden kann, und sollte die Herstellung einer stabilen Nachkriegsordnung im Nahen Osten länger dauern oder gar misslingen, ist es keineswegs sicher, dass der US\$ Öl-Währung bleibt und die Kalkulationen aus 1000 und 1 Nacht aufgehen.

Sollte also der US\$ als infolge einer Abwertung als Anlage- und Reservewährung weniger attraktiv werden, und dann noch als Öl-Währung unter Druck geraten, dann wäre das der Super-Gau jeder US-amerikanischen Regierung. Das Öl würde nicht mehr in US\$, sondern in Euro fakturiert, oder der Preis würde als Antwort auf den Wertverlust des US\$ wie 1973 abrupt steigen, sofern sich den Ölproduzenten eine Gelegenheit wie damals der israelisch-arabische Krieg bietet. Bei dem riesigen Handelsbilanzdefizit der USA würde die Finanzierung von notwendigen Ölimporten in Fremdwährung für die USA ein nahezu unlösbares Problem, denn die eigene Produktion ist um jährlich ca. 300.000 Barrels rückläufig und der größte Teil des Ölverbrauchs in den USA (an die 60%, Tendenz steigend) wird (derzeit für jährlich ca. 130 Mrd US\$) importiert. Bei einem Leistungsbilanzdefizit von 553 Mrd US\$ im Jahre 2003 hätte die Finanzierung der Ölimporte in Euro gewaltige strukturelle Auswirkungen auf die US-Ökonomie – und auf die Weltwirtschaft insgesamt. Denn die anderen Länder müssten mehr aus den USA importieren und könnten weniger in die USA exportieren.

Der Auseinandersetzung um das Erdöl, um die Herrschaft über Reserven, Mengenangebot und die Preisbildung, folgt die Auseinandersetzung um die Währung, in der das Öl fakturiert wird. Die Währungskonkurrenz zwischen Dollar und Euro (und evtl. Yuan, vielleicht Yen) würde zum Währungskrieg eskalieren. Der derzeitige Konflikt zwischen „altem“ und „neuem“ Europa dürfte sich zuspitzen, angeheizt von den USA, die inzwischen die Strategie verfolgen, den europäischen Integrationsprozess zu behindern (vgl. FTD 10.7.03). Das „neue“ Europa könnte sehr bald so alt aussehen wie die „new economy“ nach dem Absturz. Es könnte auch sein, dass sich die europäischen Ölförderländer England und Norwegen eher an den Euro halten als an den US\$, und dies würde ebenfalls für die USA eine Niederlage

bedeuten (Monbiot 2003). Sie versuchen, dies auf jeden Fall zu verhindern, indem sie eine Politik der Spaltung Europas betreiben, die in einigen europäischen Ländern auf positive Resonanz stößt.

Soll Europa sich auf einen Währungskrieg einlassen? Besser nicht, denn die Konsequenzen sind für alle Beteiligten negativ, zumal es eine Alternative gibt. Diese heißt: Entwicklung der solaren Energien, zumal diese nicht den Nachteil der fossilen Energieträger haben, dass sie das Klima aufheizen. Dies könnte auch die längerfristige europäische Antwort auf die Herausforderungen eines Währungskriegs um die Ölprägung sein. Wenn nicht in diese Richtung umgesteuert wird, findet nur ein Austausch des Dollar-Imperialismus durch einen wie auch immer gearteten Euro-Imperialismus statt – mit kurzer Halbwertszeit, wie vermutet werden muss.

### **Schluss**

Der Währungskrieg ist noch nicht ausgebrochen. Doch hat sich die Währungskonkurrenz in einem bipolaren Währungssystem erheblich zugespitzt. Dies ist deshalb problematisch, weil die Versorgung der Weltwirtschaft mit der eigenen Währung Seignorage-Vorteile bringt, insbesondere wenn in der eigenen Währung der Ölpreis fakturiert wird. Seitdem die Endlichkeit der Ölressourcen nicht nur Ökologen interessiert, sondern als Faktum in die strategischen Überlegungen der zukünftigen Energieversorgung (Cheney-Bericht von 2001 oder NATO-Sicherheitskonzept von 1999) eingeht, ist die Bedeutung der Funktion einer Leitprägung als Ölprägung erkannt. Solange es für den US\$ keine Alternative gab, war dieses Problem eher nachrangig, wie die Ölkrise von 1973 sehr deutlich gezeigt hatte. Mit dem Euro ist aber zu Beginn des neuen Jahrhunderts eine Alternative entstanden, und daher ist der Konflikt um die Fakturierung des Öls unvermeidlich. Diesem Konflikt auszuweichen, ist nur möglich durch eine langfristig angelegte Politik der Abkehr vom Öl und der Förderung alternativer (solarer) Energieträger. Diese können nur dezentral erschlossen werden, die langen logistischen Transportketten entfallen und daher müssen sie auch nicht militärisch gesichert werden. Für die Entwicklung der solaren Energie sprechen ökologische, aber inzwischen auch friedenspolitische Gründe.

## Literatur

- Altvater (2003): Was passiert, wenn öffentliche Güter privatisiert werden?, in: *Peripherie. Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt*, Nr. 90/ 91, 23. Jahrg., August 2003: 171-201
- Altvater, Elmar (2003b): Weltmacht und Weltmarkt beim Kampf um das Öl, in: Karin Gabbert et al (Hrsg.): *Jahrbuch Lateinamerika. Analysen und Berichte 27 (Westfälisches Dampfboot) Münster*: 80-94
- Altvater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit (1993): *Gewerkschaften vor der europäischen herausforderung, (Westfälisches Dampfboot) Münster*
- Altvater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit (1999): *Grenzen der Globalisierung, (Westfälisches Dampfboot) Münster*
- Altvater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit (2002): *Globalisierung der Unsicherheit – Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik, (Westfälisches Dampfboot 2002) Münster*
- Brzezinski, Zbigniew (1997): *Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft*, Weinheim und Berlin (Beltz Quadriga)
- Cheney-Report (2001): *National Energy Policy – Reliable, Affordable, and Environmentally Sound Energy for America’s Future. Report of the National Energy Development Group, The Vice President, Washington D.C.*
- Eichengreen, Barry (2000): *Vom Goldstandard zum EURO. Die Geschichte des internationalen Währungssystems, (Wagenbach) Berlin*
- Enquete Kommission (2002): *Enquete Kommission des Deutschen Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft“, Schlussbericht, (Leske + Budrich) Opladen*
- Guttman, Robert (1994): *How Credit Money-Shapes the Economy, (Sharpe) Armonk/ London*
- Harvey, David 2003: *The ‚New’ Imperialism: Accumulation by Dispossession*, in: Panitch, Leo/ Leys, Colin (ed.): *The New Imperial Challenge. Socialist Register, London*, 63-87.
- IMF (2002): *International Reserves, Annual Report 2002, Washington D.C.*
- IWF 2003: *International Monetary Fund, Global Financial Stability Report 2003, Washington D.C.*
- Mommer, Bernard (2002) *Global Oil and the Nation State, (Oxford University Press) Oxford*
- Monbiot, George (2003): *The bottom dollar*, in: *The Guardian*, 22. 4. 2003
- Todd, Emmanuel (2003): *Weltmacht USA – Ein Nachruf, (Piper-Verlag) München/ Zürich*
- World Bank (2003a): *World Development Report 2004, (Draft Version), Washington D.C.*
- World Bank (2003b): *Inequality in Latin America and the Caribbean: Breaking with History?, Advanced Conference Edition, Washington D.C.*

---

<sup>1</sup> Darauf haben wir früh hingewiesen (vgl. Altvater/ Mahnkopf 1993) und in einer allgemeiner Euro-Begeisterung heftige Kritik, gerade auch von Gewerkschaftsseite geerntet. Es war aber ebenso klar, dass das Projekt der Europäischen Währungsunion Ende der 90er Jahre nicht mehr zu stoppen war, und daher haben wir uns ebenso klar von denjenigen distanziert, die die Währungsunion rückgängig machen wollten, als es bereits zu spät war (vgl. Altvater 1998). Das Gorbatschow-Diktum „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ gilt auch in der Währungspolitik.